

# BUENOS AIRES-BRIEFING

Januar 2021

Olaf Jacob und Carmen Leimann-López

## Verlängerung der DISPO, Menschenrechtsverletzungen in Formosa und Verzögerungen bei der Impfkampagne

Präsident Alberto Fernández kündigte am 29. Januar die Verlängerung der verpflichtenden, vorbeugenden sozialen Distanzierung (DISPO) für einen weiteren Monat an. Grund dafür sind unter anderem die Verzögerungen bei der nationalen Impfkampagne, die erforderlichen Vorbereitungen für die schrittweise Wiederaufnahme des Schulbetriebs und die mehr als neuntausend COVID-Neuinfektionen pro Tag. Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs bleibt im Ballungsraum Buenos Aires weiterhin den systemrelevanten Berufsgruppen vorbehalten, die Bewegungsfreiheit ist innerhalb des Landes unter Auflagen wiederhergestellt. Es gelten Beschränkungen bei der Versammlungsfreiheit und in der Unterhaltungsbranche. Risikogruppen bleiben von der Arbeitspflicht befreit. Die DISPO hätte ursprünglich am 31. Januar beendet werden sollen. Im Rahmen ihrer Verlängerung dürfen die Gouverneure der Provinzen nun an all denjenigen Orten, an denen es mehr als 150 Infizierte pro hunderttausend Einwohner gibt, zusätzliche Ausgangsbeschränkungen und Sperrstunden erlassen. Am stärksten betroffen von der Ausbreitung des Coronavirus' sind momentan die Provinzen Santa Fe und Córdoba im Zentrum des Landes, die bevölkerungsreiche Provinz Buenos Aires sowie die gleichnamige Landeshauptstadt. Landesweit sind derzeit 55,3 Prozent der Betten auf den Intensivstationen belegt.

Die Handhabung des Gesundheitsnotstands in der nördlichen Provinz Formosa hat international für Aufsehen gesorgt. Medienberichten zufolge sollen allein in der Hauptstadt mehr als dreihundert Patienten und potentiell Infizierte in einer Sporthalle untergebracht worden sein, die die Mindesthygienestandards und Abstandsregeln nicht erfüllte. Weiterhin seien Patienten mit fünf negativen Testergebnissen bis zu einem Monat ohne Erklärung in einer Schule festgehalten worden. Darüber hinaus soll es willkürliche Festnahmen, beispielsweise friedlich demonstrierender Stadträte der Opposition, und unbegründete Einweisungen in die Quarantänezentren gegeben haben. Aufgrund des öffentlichen Drucks reiste der Staatssekretär für Menschenrechte Horacio Pietragalla (*Frente de Todos*) in der letzten Januarwoche nach Formosa. Zwei Tage vor seiner Ankunft soll es jedoch zahlreiche Entlassungen und merkbaren Verbesserungen in den zu besuchenden Unterkünften gegeben haben, sodass nichts beanstandet werden konnte. Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter der KAS-Kooperationspartner *Centro para la Apertura y el Desarrollo de América Latina* (CADAL), hatten vor dem Besuch des Ministers bereits einen Antrag auf Vorsichtsmaßnahmen beim Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Außerdem zeigten die Vorsitzenden der führenden Oppositionsfraktion *Juntos por el Cambio* Gouverneur Gildo Insfrán wegen Menschenrechtsverletzungen an. Die Anklage ist zwischenzeitlich im föderalen Gerichtshof eingegangen. Darüber hinaus richteten sich die Oppositionsführer in einem Schreiben an die Hohe Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Michelle Bachelet, und baten um ihr sofortiges Eingreifen. In den ersten Februarwochen beabsichtigen Abgeordnete der Opposition sich persönlich ein Bild von der Situation zu verschaffen. Es ist nicht das erste Mal, dass Gouverneur Gildo Insfrán, der seit mehr als 25 Jahren ununterbrochen an der Macht in Formosa ist, die Blicke der Öffentlichkeit auf sich zieht: 2020 verwehrte er monatelang tausenden gestrandeten Anwohnern die Rückkehr zu ihren Wohnorten. Erst ein gerichtlicher Beschluss des Obersten Gerichtshofs ermöglichte die Familienzusammenführungen und zeitweilige Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit (wir berichteten im November).





